

Resolution zur Sicherung kommunaler Grundversorgung Unterstützt durch Gemeinderat bzw. den Bürgermeister/die Bürgermeisterin von

.....

Öffentliche Dienstleistungen sind ein wesentlicher Bestandteil des österreichischen Wirtschafts- und Sozialsystems. BürgerInnen und Unternehmen erwarten zu Recht, dass eine umfangreiche Palette von zuverlässigen, stabilen und effizienten öffentlichen Dienstleistungen in hoher Qualität und zu erschwinglichen Preisen verfügbar ist. Öffentliche Dienste sorgen dafür, dass kollektive Bedürfnisse und Interessen – Aufgaben des Gemeinwohls – bedient werden können. Die österreichischen Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände spielen bei der Erbringung dieser Dienstleistungen eine bedeutende Rolle.

Darüber hinaus haben die österreichischen Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bewältigung bzw. Abfederung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle gespielt – unter anderem durch ihre Investitionstätigkeit vor Ort.

Demgegenüber steht eine immer geringer werdende Finanzierung dieser Aufgaben seitens der öffentlichen Hand. Seit Jahren werden die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen in Österreich zunehmend eingeengt. Die Kommunen sehen sich aufgrund der von ihnen zu erbringenden notwendigen Leistungen für die Bevölkerung mit steigenden finanziellen Belastungen konfrontiert, ohne hierfür einen entsprechenden Ausgleich im Rahmen des Finanzausgleichs zu erhalten. Die Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise belasten die öffentlichen Haushalte zusätzlich und verschärfen die ohnehin angespannte Situation für die Kommunen noch weiter.

Schon bisher hat die kommunale Ebene versucht, durch Verwaltungs- und Personaleinsparungen ihrer prekären finanziellen Lage zu begegnen. Da weitere Effizienzsteigerungen über Einsparungen kaum mehr realisierbar sind, stehen Leistungseinsparungen für die Bevölkerung im Raum. Die Leistungen der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände sind akut bedroht, wenn nicht rasch strukturelle und finanzielle Maßnahmen ergriffen werden.

Damit auch in Zukunft die Erbringung der öffentlichen Aufgaben durch die Kommunen gewährleistet ist, muss daher eine verteilungsgerechtere und breitere Finanzierung der Staatsausgaben durch den Ausbau vermögensbezogener Steuern erfolgen.

Die Gemeinde schließt sich der Forderung an, dass

- eine faire Mittelaufteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften erfolgt.
- zusätzliches Geld aus dem Bundesbudget eingesetzt wird, um öffentliche Dienstleistungen (Altenpflege, Gesundheitsdienste etc.) und kommunale Investitionen (öffentlicher Verkehr, Infrastruktur etc.) in die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen und auszubauen.
- eine Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben (z.B. Aktualisierung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer) erfolgt.
- Vermögen, Vermögenseinkommen bzw. Vermögenszuwächse wie Zinsen, Dividenden, Kursgewinne oder Fondserträge grundsätzlich nicht geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen.
- Finanztransaktionen EU-weit besteuert werden.

Mit den daraus resultierenden Einnahmen bzw. frei werdenden Mitteln sollen zahlreiche gesellschaftlich wertvolle Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien, thermische Gebäudesanierung und Gemeindedienstleistungen finanziert werden. Die Kommunen sind dadurch finanziell in der Lage, ihren Beitrag zu leisten, um zahllose Menschen in Österreich aus der Armut und Armutsgefährdung zu holen, die Nachfrage zu stärken, die Situation am Arbeitsmarkt spürbar zu entspannen und damit das gesellschaftliche Klima – ohne große VerliererInnen – zu verbessern.

....., am

Zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“

Die GdG-KMSfB - Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe, vida – die Lebensgewerkschaft, die GPA-djp, PRO-GE – die Produktionsgewerkschaft, Attac Österreich, Die Armutskonferenz, GLOBAL 2000, Greenpeace, die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, die ÖH – Österreichische HochschülerInnenschaft Bundesvertretung und SOS Mitmensch haben sich 2010 zu einer Allianz zusammengeschlossen, mit dem Ziel, zukunftsfähige Vorschläge und Antworten auf die Krise zu erarbeiten und voranzutreiben.

Nach derzeitigem Stand sollen die BürgerInnen die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise weitestgehend allein tragen. Die Bundesregierung hat ein Sparbudget beschlossen, das die VerursacherInnen der Krise und die BesitzerInnen großer Vermögen praktisch unbelastet lässt.

Das langfristige Ziel der Allianz ist ein gutes Leben für alle Menschen. Voraussetzung dafür ist eine Demokratie, die allen gleiche Teilhabechancen und Mitbestimmungsrechte garantiert und auch ein Wirtschaftssystem, das die natürlichen Grenzen anerkennt und respektiert und sich vor allem an folgenden Zielen orientiert:

- die Befriedigung von Grundbedürfnissen
- die gerechte Verteilung und Bewertung von Arbeit
- die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen
- globale Solidarität
- ökologische Nachhaltigkeit
- Ressourcen- und Klimagerechtigkeit.

Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände spielen bei der Erreichung dieser Ziele eine wichtige Rolle. Wir möchten sicherstellen, dass die Sanierung des öffentlichen Budgets nicht auf Kosten der Erhaltung und des Ausbaus der kommunalen Daseinsvorsorge geht.



Bitte senden Sie die ausgefüllte und unterzeichnete Resolution per Post an Allianz „Wege aus der Krise“, c/o GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien oder per Email an gemeinderesolution@wege-aus-der-krise.at.